

Neue POLITIK

Kommentar-u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Beiträge zur politischen
Neuordnung

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

auf der Internetseite utopia.de fand ich den Bericht über eine Preisverleihung an die Initiatoren von Stadtgärten, in denen auf nachhaltige und natürliche Art und Weise Lebensmittel für den Eigenverbrauch, auch für den Nachbarn, gärtnerisch erzeugt werden. Ich fühlte mich an die Gärtnerhof-Bewegung erinnert, an Reinhold Hafner, über dessen Gärtnerhof-Vorstellungen ich im Juni 2004 einen Artikel veröffentlicht hatte. Dieser Beitrag hatte die Überschrift *Der Gärtnerhof als Fundament einer nachindustriellen Agrar-Kultur-Gesellschaft*. Angesichts der Entvölkerung von Teilen Brandenburgs, aber auch angesichts einer notwendigen und modifizierten Entglobalisierung der Weltwirtschaft halte ich es für sehr notwendig, die Landwirtschaft als Gartenwirtschaft wieder etwas in den Vordergrund wirtschaftlichen und kulturellen Geschehens zu bringen. Stadtluft macht zwar frei, aber ernährt den Menschen nicht. Stadtgärten und Gärtnerhöfe auf dem Land schaffen neue Freiheitsräume.

Wo spielt zur Zeit die „politische Musik“, die unser Leben bestimmt, begleitet, ja, nur sehr selten auch erfreut? Im undurchschaubaren China (1,330 Mrd. Einwohner)? Auf den Wirtschaftsmärkten zwischen Asien, Afrika, Amerika und Europa? Auf den Rohstoffmärkten dieser Erde? Bei oder in den ökologischen Katastrophen? Bei der immer noch herrschenden Wachstumseuphorie? In den Vereinigungen der Reichen und Mächtigen, wie das *Weltwirtschaftsforum von Davos* oder die „Bilderberger“? Die Liste läßt sich verlängern.

Obwohl wir Bürger, einfach, und aus der Sicht der „Eliten“, unwissend, Jahr für Jahr eine Schar von Professoren, Instituten, Thinktanks, selbstlos und weltweit finanzieren, sind die Anregungen, die aus den Instituten kommen, gering und meistens unbrauchbar. Sie dienen so genannten „Eliten“ und den parteiistischen Machthabern.

Die Demonstrationen gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 haben in Teilen der Bevölkerung und der Medien die Hoffnung geweckt, daß die Allein-Herrschaft der Parteien ein Ende haben wird. Ich habe diese Hoffnung auch und lasse mich nicht durch die Einrede mancher Zeitgenossen stören, die im Funktionieren der Direkten Demokratie das Ende der Zivilisation sehen, „weil damit Großprojekte wie das in Stuttgart in Zukunft nicht möglich sein werden“. Als Beispiel muß der „Gotthard-Durchstich“ im Oktober d.J. mit der Behaup-

tung erhalten, Industrie und Parteien in der Schweiz hätten hierbei freie Hand gehabt. Das Volk der Schweiz hat in einer Fülle von Volksbefragungen diesem Bauvorhaben zugestimmt. Jede Abstimmung war ein Abwägen von Risiken und Nutzen. Bestechungsgelder waren nicht nötig bzw. möglich. Natürlich ist auch Irrtum bei diesen Abstimmungen mit eingeschlossen.

Die Schweiz hat eine ganz andere Macke: Sie bezeichnet ihre weltweiten Geldgeschäfte als „Finanz>industrie<“. Gegen eine solche Perversion muß natürlich auch mit der „Direkten Demokratie“ vorgegangen werden, nicht nur in der Schweiz.

Ich habe versucht, den Beitrag auf Seite 2 ff über Stuttgart 21 zu kürzen, was mir nicht gelang. Liebe Leserin, lieber Leser, Sie sollten sich diesen Bericht „unter das Kopfkissen stecken“, denn wenn sich die politische Klasse und die unterschiedlichsten Profiteure durchsetzen und der unterirdische Bahnhof gebaut wird, dann können Sie nach zehn Jahren den technischen Fortschritt und die finanzielle Wirklichkeit mit den Fantasien und Kalkulationen von heute vergleichen. Nirgendwo scheint die neudeutsche Klientel-Wirtschaft = Korruption so deutlich vorhanden zu sein wie in Stuttgart. Sollte der Bahnhof, wie von den Parteien und den Regierungen projektiert, gebaut werden, dann werden die Kosten weit über 11 Milliarden Euro liegen, die Trixereien bei den Endabrechnungen nicht mit eingerechnet.

Auf der einen Seite ehrt es den CDU-Politiker Heiner Geißler, in dem Konflikt zwischen den Befürwortern und den Gegnern von Stuttgart 21 vermitteln zu wollen. Auf der anderen Seite weiß ich nicht, was hier „Vermittlung“ bedeuten soll, wenn die Gegner den unterirdischen Bahnhof auf keinen Fall haben wollen. Es handelt sich bestenfalls um eine Anhörung der unterschiedlichen Standpunkte.

Heute, am 28. Oktober höre ich im Radio, daß der badenwürttembergische Landtag den Antrag der SPD abgelehnt hat, vor den Landtagswahlen eine Volksabstimmung über Stuttgart 21 zu veranlassen.

Es wird von den Befürwortern von Stuttgart 21 immer wieder behauptet, daß die Bauberechtigungen alle baurechtlichen und parlamentarischen Hürden genommen haben. Keiner von diesen Leuten hat nach der Akzeptanz des Projektes durch den Bürger gefragt. In den Vorplanungen der letzten zwanzig Jahre und nach gelegentlichen öffentlichen Diskussionen darüber hat die Zustimmung der Bürger zu dem Projekt Stuttgart 21 ständig abgenommen. Das war Öffentlichkeit und Par-

lament bekannt. Wäre Deutschland wirklich ein demokratischer Rechtsstaat, dann hätten die Bürger abstimmen müssen.

Ähnliches wie in Stuttgart auf der Schiene tut sich in Berlin in der Luft. Ich bin in Berlin immer mitleidig angesehen worden, wenn ich den Ausbau des Flughafen Schönefeld kritisiert habe.

In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre lief ein aufwendiges Raumordnungsverfahren für den neuen Flughafen Berlin Brandenburg. 1994 belegte von den fünf in Betracht kommenden Standorten Schönefeld den fünften, also schlechtesten Platz. Die Entscheidung fiel jedoch auf Grund von massivem politischen Druck aus der Berliner Landespolitik (CDU= Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen) und aus bundespolitischer Seite zu Gunsten Schönefelds. Sperenberg (ehemaliger sowjetischer Flugplatz) errang den 1. Platz. Dieser Flugplatz ist so weit außerhalb Berlins, daß nur wenige Menschen vom Fluglärm bedroht gewesen wären. Eine Volksabstimmung in Berlin und Brandenburg über einen neuen Großflughafen mit allem notwendigen Austausch von gegensätzlichen Informationen und Meinungen hätte die Diskussionen über die Flugrouten deutlich versachlicht. Jede Volksabstimmung zwingt, wenn sie richtig initiiert ist, Volk und Staat zu einer Diskussion über die Ziele der Gesellschaft. Nichts ist wichtiger als das. Wichtig ist nicht, ob Woverit oder Merkel oder irgendeiner dieser merkwürdigen Politiker seinen oder ihren Posten behält, sondern wichtig ist, daß unsere Kinder eine Zukunft haben.

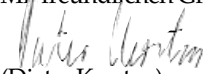
Am 30. Oktober meldet die Berliner Tageszeitung DER TAGESSPIEGEL, daß die „alten“ Flugrouten, die bürgerfreundlichen, nach wie vor gelten sollen. Ein Sturm im Wasserglas? Wir werden sehen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein FROHES WEIHNACHTSFEST und ein gesundes, glückliches Jahr 2011. Ich brauche mehr denn je Ihre Kraft, Ihre Zuversicht, um Ihnen wenigstens alle zwei Monate Informationen und Beiträge zur politischen Neuordnung zu liefern. Sie sind mir hoffentlich nicht böse, wenn ich das erste Mal auf diese Art und Weise einen Stoßseufzer formuliere.

Ich danke Ihnen!

Die nächste Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK erscheint im Januar 2011.

Mit freundlichen Grüßen


(Dieter Kersten)

Abgeschlossen 18. November 2010)

Sicherheit

Auch auf dem Gebiet der Sicherheit macht das S21-Konzept Konzessionen, die ein massiver Rückschritt zum aktuellen Verkehrssystem sind. So wird beispielsweise aus Kostengründen der Abstand zwischen den Rettungswegen und dem Zugverkehr in den Tunneln so weit verengt, daß die Züge in den Rettungsweg hineinreichen – wohl dem, der schlank ist und nicht im Rollstuhl sitzt. Was darf Sicherheit kosten? Darüber haben sich die Verantwortlichen offenbar noch nicht einmal Gedanken gemacht, würde die Antwort ihr Konzept doch vollends aus dem Kostenrahmen treiben.

So deckte der STERN in dieser Woche auf, daß interne Papiere der DB Projektbau GmbH von einem blanken Chaos sprechen. Selbst grundlegende Sicherheitsfragen seien immer noch unbeantwortet. So wurden bislang beispielsweise die Auflagen für die Brandschutzzone noch nicht in der Entwurfsplanung umgesetzt und die Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen sei bisher noch nicht einmal geplant worden. Wenn die Auflagen aus den fachtechnischen Prüfungen nicht in der Planung umgesetzt würden, so die unverhohlene Drohung der Ingenieure, würde „keine Freigabe der Planung erfolgen“ und „das Projekt [könne] nicht weitergeführt werden“.

Was die Planung ebenfalls ausspart, sind die eisenbahntechnischen Vorkehrungen in den zu bauenden Tunneln. Weder Oberleitungssysteme noch Signalanlagen sind bisher Bestandteil der Planung. Kein Problem, das kann man später nachholen? Nein, so einfach ist das nicht. Die Tunnel im S21-Konzept sind mit einem Radius von 4,05 Metern nämlich außerordentlich schmal bemessen. Für herkömmliche Oberleitungs- und Signalsysteme bleibt da kein Platz. Auch das ist natürlich für die Hochglanzprospekte kein Problem, schließlich gibt es ein hochmodernes System namens European Train Control System (ETCS), das für zukünftige Hochgeschwindigkeitszüge vorgesehen ist. Hinter ETCS steht ein internationales Konsortium rund um den bestens vernetzten Siemens-Konzern.

Doch durch das Stuttgarter Tunnelsystem fahren nicht nur ultramoderne Hochgeschwindigkeitszüge, die es momentan bei der Deutschen Bahn noch gar nicht gibt, sondern vornehmlich Nahverkehrszüge und S-Bahnen. Die Aufrüstung auf das ETCS-System ist allerdings sündhaft teuer – rund 300.000 Euro pro Lok. Es ist unwahrscheinlich (und unbezahlbar), daß der komplette Süd-West-Nahverkehr mit ETCS aufgerüstet wird. Was passiert dann aber mit den Tunneln? Firmen wie Siemens stehen sicher schon in den Startlöchern, wenn es darum geht, auf Kosten des Steuerzahlers Alternativen zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht erstaunen, daß in den internen Papieren der Deutschen Bahn fortwährend von „Handlungsbedarf“, „Mehrkosten“, erhöhten Ko-

sten“ und „Kostenrisiken“ die Rede ist. Die technisch Verantwortlichen der DB Projektbau GmbH sprechen daher bereits davon, daß das „Gesamtprojekt auf einem kritischen Weg“ sei.

Doch es gibt nicht nur im Bahnbetrieb sicherheitsrelevante Probleme. Der schwäbische Gipskeuper ist ein schlechter Baugrund für Tunnel aller Art. Das Projekt S21 bringe daher „unabwägbar Risiken“ mit sich. Das sagt nicht ein „technophober Grünfink“, sondern ein Mann namens Frei Otto, der „Doyen deutscher Ingenieurskunst“ (FAZ). Zu welchen Folgen geologische Probleme beim Tunnelbau führen können, sah man beim Einsturz des Kölner Stadtturms. Natürlich muß es bei sachgemäßer Durchführung nicht zwingend zu sicherheitstechnischen Risiken kommen – die lassen sich durch entsprechende Maßnahmen minimieren. Aber zu welchem Preis? Zusatzkosten wegen der geologischen Rahmenbedingungen sind in keinem Konzept vorgesehen. Oder doch? Die Bundesbahn behandelt die wirtschaftlichen Planungen wie Staatsgeheimnisse. Kein Journalist, ja noch nicht einmal Mitglieder des Verkehrsausschusses des Bundestags haben Einblick in diese Papiere – für ein Unternehmen, daß zu 100% dem Bund gehört, und das für S21 etliche Milliarden aus den Staatskassen beziehen will, ist dies schon ein einmaliges Gebaren.

Kosten

Als sich die Herren, die damals die Fäden der Landespolitik zogen, Mitte der 90er im Weinberghäuschen in der Nähe Stuttgarts trafen, um S21 abzusegnen, sprach man noch von einem Gesamtkostenrahmen von rund 2,5 Milliarden Euro. Den Steuerzahler sollte all dies aber fast nichts kosten, schließlich stellte man in Aussicht, daß sich das Projekt über den Verkauf der freiwerdenden Fläche im Stuttgarter Zentrum und die Hilfe privater Investoren nahezu selbst trage. Aber was zählen schon PR-Träume alter Männer aus alten Tagen. Erwartungsgemäß unterlagen die Kosten des Projekts einer galoppierenden Inflation – bei Bahnprojekten scheint dies der Normalfall zu sein, schließlich scheinen Staatsunternehmen mit Vorliebe Verträge aufzusetzen, in denen die bösen Worte „Kostenabsicherung“ und „Konventionalstrafe“ nicht vorkommen. Daß es auch anders gehen kann, zeigte das Toll-Collect-Desaster – freilich wurden dort bereits Milliarden an Steuergeldern verbrannt, bevor man sich dazu durchringen konnte, einen halbwegs wasserdichten Vertrag aufzusetzen.

Bei S21 galoppierten die Kosten allerdings bereits davon, bevor der erste Spatenstich getan wurde. Im Dezember 2009 bezeichnete Bahnchef Grube die damals aktuellen 4,1 Milliarden Euro noch als absolute Obergrenze. Das sehen Experten freilich ganz anders – eine Berechnung des Bundesrechnungshofs geht

von 2,4 Milliarden Euro Mehrkosten aus, ein Gutachten des Umweltbundesamtes nennt sogar die Horrorsumme von 11 Milliarden Euro. Der dumme Bürger zahlt die Rechnung schon, schließlich handelt es sich bei S21 nicht um ein betriebswirtschaftlich durchkalkuliertes, sondern um ein politisches Projekt, wie aus dem Dunstkreis der Befürworter hinter vorgehaltener Hand argumentiert wird. Die Kosten des Einen sind aber immer auch die Einnahmen des Anderen. Wer profitiert eigentlich wirtschaftlich von S21?

Das Schwaben-Kartell

Wer Tunnel bohrt, braucht Bohrgerät. Weltmarktführer für Großbohrmaschinen für den Tunnelbau ist die Herrenknecht AG im schönen baden-württembergischen Schwanau. Im Aufsichtsrat der Herrenknecht AG sitzt Lothar Späth, einer der „alten Herren“, auf deren Mist S21 gewachsen ist. Martin Herrenknecht ist nicht nur ein guter alter Freund von „Cleverle“ Späth, sondern auch ein Nutznießer dessen politischer Netzwerke. So begleitete das CDU-Mitglied Herrenknecht nicht nur Späth, sondern auch dessen Amtsnachfolger und S21-Befürworter Teufel und Oettinger gerne auf Auslandsreisen. Für so viel Protektion zeigte sich Herrenknecht auch stets dankbar, so überwies er beispielsweise im letzten Jahr erst einmal 70.000 Euro an die CDU, um deren Wahlkampf zu unterstützen. Klar, daß man sich im Ländle dankbar zeigt. Schon in seiner Regierungserklärung im Jahre 2008 machte Oettinger klar, daß Herrenknecht in Stuttgart bohren wird. Was wohl Oettingers neue Kollegen im EU-Wettbewerbskommissariat zu derlei kreativem Umgang mit dem Ausschreibungsrecht sagen werden? Für Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) steht jedenfalls bereits fest, daß es „zwingend notwendig“ sei, die Herrenknecht AG bei den Ausschreibungen besonders zu berücksichtigen. Da wird sich Martin Herrenknecht aber freuen, beim Alternativprojekt Kopfbahnhof 21 gäbe es nicht viel zu bohren.

Es würde einem Wunder gleichen, wenn die Bauarbeiten am Bahnhofneubau nicht zu einem großen Teil vom Stuttgarter Bauunternehmen Wolff & Müller vorgenommen würden. Wolff & Müller ist bestens vernetzt – bereits beim Umbau der Porsche-Arena und des ehemaligen Gottlieb-Daimler-Stadions erhielten die Stuttgarter den Zuschlag. Sind Wolff & Müller besonders gut oder besonders günstig? Solche Fragen spielen bei der „Spätzle-Connection“ eher eine untergeordnete Rolle, wenn die lokale Politelite das Sagen hat. Sowohl bei der Porsche-Arena als auch beim Gottlieb-Daimler-Stadion heißt der Aufsichtsratsvorsitzende der Besitzgesellschaft Michael Föll. Föll ist Erster Bürgermeister der Stadt Stuttgart mit dem Verantwortungsbereich Finanzen. Natürlich ist auch Föll ein glühender Fan von S21. Pikant nur, daß Föll bis vor kurzem im Beirat von Wolff

& Müller saß – eine Tätigkeit, die er – entgegen den Offenlegungsregelungen – jedoch nie publik machte. Die Verbindung flog auf, Föll zog sich aus dem Beirat zurück und bedauert mittlerweile, daß es „zu Irritationen kam“. Ein kleiner – aber nicht eben nachhaltiger – Rückschlag für Wolff & Müller. Beim Abriss des Nordflügels des historischen Bahnhofs kamen die Bagger von Wolff & Müller nämlich bereits zum Einsatz.

Profiteure gibt es viele – vor allem bei der Nutzung des freierwerdenden Raums in der Stuttgarter Innenstadt. Ob sie Rudolf Häussler oder Friederike Beyer heißen – ersterer ist nicht nur Duzfreund von Günther Oettinger und ehemaliger Arbeitgeber von Bahnchef Grube, sondern auch größter europäischer Komplettanbieter von Bürogebäuden und Projektpartner von S21, letztere ist nicht nur die Lebensgefährtin Oettingers, sondern auch Vorstandsmitglied der Stiftung „Lebendige Stadt“ der ECE, die im S21-Areal ein riesiges Einkaufszentrum errichten will.

Stadtentwicklung

Wer denkt, S21 sei ein Bahnhofprojekt, irrt ohnehin. Alle verkehrsinfrastrukturellen Argumente sprechen eindeutig gegen S21. Es gibt jedoch einen ganz gewichtigen Grund, der aus Sicht der Politik und einiger Investoren für S21 spricht. Der eigentliche Startschuß für S21 fiel im Jahre 1994. Damals flog der Bahnchef, der seinerzeit noch den Nachnamen Dürr hatte, mit der Regierungsmaschine nach Bonn und zeigte dem damaligen Verkehrsminister Wissmann zwei Luftbildaufnahmen. Auf der ersten war die Innenstadt Stuttgarts zu sehen, auf der zweiten Aufnahme hatte Dürr die Flächen für Gleise und bahntechnische Anlagen durch Parks und Bürobauten ersetzen lassen – er hatte also die Bahn von der Stuttgarter Oberfläche „wegretuschiert“. Das gefiel Wissmann („Das machen wir!“) natürlich, der bereits von der zweiten Gründung der Stadt Stuttgart träumte. Eine Million Quadratmeter Fläche – mehr als doppelt so groß wie der Vatikanstaat – mitten in bester Citylage, davon träumt natürlich jeder Politiker. Kein Politiker käme allerdings auf die Idee, die Bahninfrastruktur nun deshalb für teures Geld zu vergraben. Nicht so bei den Schwaben, sowohl Landeschef Späth, als auch der Stuttgarter OB Rommel waren sofort mit im Boot.

Aber nicht nur Politik und Wirtschaft waren von Anfang an mit im Boot, sondern auch die Medien. „Ohne die Zustimmung der Stuttgarter Zeitung zu diesem Großprojekt würde, so vermute ich einfach mal, Stuttgart 21 nie gebaut werden“, so der ehemalige Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung, Uwe Vorkötter, der mittlerweile bei der BZ untergekommen ist. Vorkötter hat Recht, die Südwestdeutsche Medienholding (SWMH) stand seit den Zeiten des „Weinberghäuschens“ fest hinter S21. Die SWMH verfügt in Stuttgart

über eine Art Medienmonopol – nicht nur die Stuttgarter Zeitung, sondern auch die Stuttgarter Nachrichten, der Schwarzwälder Bote und das Flaggschiff Süddeutsche Zeitung gehören zur SWMH. Das Aufstocken der Anteile an der Süddeutschen Zeitung birgt hier für besondere Brisanz. Finanziert wurde der Kauf von der Landesbank LBBW über ein Schulddarlehen in Höhe von 300 Millionen Euro bei fünfjähriger Laufzeit. Die SWMH hat allerdings – nach Angaben des Manager Magazins – offenbar arge Probleme, dieses Darlehen zu tilgen und ist so der LBBW auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Wer kontrolliert die LBBW? Richtig, das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart im Zusammenspiel mit dem Sparkassenverband, der seinerseits personell mit dem S21-Kartell verflochten ist. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn entscheidende Fragen in der lokalen Presse überhaupt nicht gestellt werden. Fragen wie diese: Wem gehören eigentlich die Flächen, die im S21-Konzept zur neuen Nutzung vorgesehen sind?

Wer diese einfache Frage der Bahn oder der Stadt Stuttgart stellt, trifft auf eine Mauer des Schweigens. Nicht ohne Grund, ist ein Teil der Fläche doch gar nicht mehr im Besitz des Staates, sei es über die Stadt, die bundeseigene Bahn, das Land oder den Bund. Als S21 im Jahr 2001 das vorzeitige Aus drohte, kaufte die Stadt Stuttgart – kreditfinanziert – der Deutschen Bahn einen Großteil des Geländes für überschaubare 460 Millionen Euro ab. Aber die Stadt Stuttgart war nicht der einzige Kunde der Bahn.

Von fünfzehn zum Verkauf stehenden Parzellen im Planungssektor A1 sind z.B. acht bereits verkauft, für weitere drei läuft das Bietverfahren und weitere drei Parzellen werden während der Baumaßnahmen für Baustellenlogistik benötigt und sollen nach Fertigstellung der Arbeiten veräußert werden. Welche Summe für die Parzellen bezahlt wurde? Keine Auskunft. Wer sind die Käufer? Keine Auskunft, man hält sich lieber bedeckt. Jahrelang bot man diese Grundstücke an wie Sauerbier, kaum war S21 vom Bundestag im Haushaltsplan 2009 besiegelt, ging der Run auf die goldenen Claims los. Doch welche Rechtssicherheit haben die Käufer? Was steht im Kleingedruckten, wer ist schadensersatzpflichtig – und in welcher Höhe –, wenn S21 doch noch politisch gestoppt wird?

Klar ist, daß die Flächen größtenteils für gehobene Büro- und Wohnflächen vorgesehen sind. Da Stuttgart nicht unbedingt neuen Büro- und Wohnraum benötigt, wird diese neue Fläche natürlich anderenorts Büro- und Wohnraum freimachen. Im ungünstigsten Fall droht so einigen Stadtteilen die Verödung. Die Wertigkeit der neuen Immobilien in den Parzellen, die nicht direkt auf den Gleisen liegen und bereits veräußert wurden, hängt allerdings ganz direkt mit dem „Erfolg“ von S21 zusammen. Wer will schon eine luxuriöse Ei-

gentumswohnung mit Blick auf die Bahntrasse und mit nicht unerheblicher Lärmbelastigung? Hier wurde das Fell des Bären bereits verteilt, bevor dieser erlegt wurde. Regressansprüche der Neubesitzer sind ein sehr überzeugendes Argument gegen eine Revision der S21-Planungen. Das hat natürlich System, schließlich ist ein „zurück“ politisch nicht vorgesehen, und wenn erst einmal Fakten geschaffen wurden, werden auch die Kritiker verstummen, so die durchschaubare Logik der S21-Planer.

Alternativen und Ausstiegsszenarien

Ist das Projekt S21 überhaupt noch reversibel? Natürlich, es gibt kein Projekt, das bei Veränderung der Vorzeichen nicht reversibel wäre, wie der Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernkraft zeigt. Mit dem Gegenentwurf „Kopfbahnhof 21“ steht sogar eine weitaus preiswertere und infrastrukturell bessere Alternative zur Verfügung. Das Problem an K21 ist jedoch, daß die Bahninfrastruktur oberirdisch bleibt und so kein Raum für neue Immobilien entsteht.

Vollkommen unklar sind jedoch die Folgekosten, die ein Baustopp oder gar eine Alternativlösung mit sich brächten. Die „Horrorzahlen“ von drei Milliarden Euro, die aus Kreisen der Befürworter gehandelt werden, sind freilich Luftbuchungen. Ob die Bahn einen Euro an den Bund überweisen muß oder die Stadt an das Land, ist eher von haushalterischem Interesse, da letztlich alle Akteure zu 100% dem Steuerzahler „gehören“. Hätte man die Deutsche Bahn AG planmäßig privatisiert, so wäre auch hier der Steuerzahler das Opfer. Diesen Plänen bereitete die Finanzkrise aber „glücklicherweise“ ein vorzeitiges Ende. Seriöse Schätzungen gehen von einem „Schaden“ von 550 Millionen Euro aus, die vor allem für bereits aufgelaufene Planungskosten anfallen. Das überlegene Konzept „Kopfbahnhof 21“ würde rund 1,2 Milliarden Euro kosten, was auf Gesamtkosten von 1,75 Milliarden Euro hinausläufe. Verglichen mit den Horrorzahlen für S21 ist dies ohne Zweifel die günstigere Variante.

Wenn Land, Bund und Bahn aber unbedingt einen elfstelligen Betrag ausgeben wollen, so haben sie mehr als genug Möglichkeiten dafür – vor allem im Güter- und im regionalen Nahverkehr hat der deutsche Schienenverkehr eher das Niveau eines Entwicklungslands. Aber es ist natürlich nicht so sexy, Gleisbauarbeiten in der Pampa zu veranlassen, wenn man sich alternativ im Scheinwerferlicht eines gigantomanischen „Zukunftsprojekts“ feiern lassen kann. Aus dem Feiern wird jedoch nun nichts, da Öffentlichkeit und Medien die S21-Lüge nach dem Zwiebelprinzip enttarnen – Tag für Tag kommt eine neue Schicht zum Vorschein und Tag für Tag kommen einem erneut die Tränen vor so viel politischer Inkompetenz und Vetterwirtschaft. □

„Mit Allianz in den Ruin“

(D.K.) Mit diesem Schriftzug auf einer halbmannshohen Tafel stellt sich der Arzt Jaroslaw Wegner vor die Hauptverwaltungen der Allianz in München und Berlin. Er wurde von einer Allianz-Agentur in Leipzig ruiniert und hat wie Frank Heinze auf der Hauptversammlung der Allianz am 5.5.2010 eine Rede gehalten.

Die Allianz ist neben der Deutschen Bank ein gleichwertiger monolithischer Block der Geldkriminalität. Das Versicherungs- und Bankunternehmen hat, genau wie die Deutsche Bank, die letzte Geld- und Wirtschaftskrise scheinbar besser überstanden, als andere internationale und nationale Geldhändler. Das heißt keineswegs, daß die Allianz ihre Kunden nicht gleichermaßen über den Tisch gezogen hat bzw. zieht.

Wenn Sie eine Bank (oder auch Versicherungsbüro) betreten, dann wissen Sie hoffentlich, auf was Sie sich eingelassen haben. Eine Bank ist schon lange nicht mehr nur ein Dienstleister zwischen Sparer und Wirtschaft. Eine Bank handelt nicht nur mit Geld, sie spekuliert mit Geld; (fast) jede Bank tut das. Die Banken spekulieren mit dem Geld ihrer Kunden gegen ihre Kunden. Nur so kommen hohe Renditen und damit auch die hohen Gehälter und Provisionen für die Banker zustande. Wie gesagt, es ist keine produktive Tätigkeit, die Banker ernten das, was andere mühsam gesät haben. Wir müßten das alle wissen, aber - auch ich vergesse es manchmal auf dem Weg zwischen dem Eingang einer Bank und dem Besprechungsraum.

Die Allianz ist noch effizienter als irgendeine Bank in diesem Land. Sie ist nicht nur ein Versicherungsunternehmen gegen z.B. die Schäden des Alltags, sondern sie ist Bank („Geldhandelshaus“), Investor, Lebensversicherer, Vermögensverwalter, Immobilienhändler, Privater Krankenversicherer, ja, ich weiß nicht, was sonst noch alles. Die Allianz demonstriert Bürgernähe und inszeniert „gegenseitiges“ Vertrauen, weil sie von den Erlösen aus einer Miniversicherung für ein Kinderfahrrad bis zu den Erlösen (Provisionen ect.) aus den Geldanlagen der fleißigen Mittelständler lebt.

Hinter dem Logo ALLIANZ steckt die Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, in der alle Verkaufsinteressen für alle Geschäftsbereiche („Artikel“) der Allianz gebündelt sind. In fast jeder Einkaufsstraße einer deutschen Stadt, groß oder klein, bedeutend oder nicht, finden Sie ein Ladengeschäft oder ein Büro mit dem Logo ALLIANZ. Sie betreten das Büro in dem Bewußtsein, Sie sind bei der Allianz. Das sind Sie mitnichten!

Allianz Martin Müll-Braun, Rastatter Str. 18, 76470 Ötigheim, Baden-Württemberg, T: 07222/156622; Webseite - nicht verfügbar; E-Mail - nicht verfügbar - immer noch in der

wiedergegebenen Textform im Internet als Allianz-Repräsentant vorhanden, hat im Jahr 2006 29 Kunden um ihr Gespartes erleichtert. Die Kundschaft bestand aus ganz einfachen Menschen, die ihr gesamtes Geld hergegeben und aus fleißigen Mittelständlern, die ihr Geld mit Mühe erarbeitet haben. Müll-Braun hat den Allianzkunden vorgegaukelt, das Geld als Mitarbeiter der Allianz für eine besondere Allianz-Anlage für gute Kunden anzunehmen und es dann in der Spielbank Baden-Baden verloren. Müll-Braun ist zahlungsunfähig und sitzt inzwischen im Gefängnis. Die Allianz erklärt sich für nicht zuständig, da der Mitarbeiter Müll-Braun nach Auffassung der Allianz als „Agentur“ selbständig, „auf eigene Rechnung“, gehandelt hat.

Alle 29 Kunden waren schon vor dem Betrug Allianz-Kunden.

ALLIANZ

Vertrieb baut 500 Stellen ab

Europas größter Versicherer Allianz streicht seinen Deutschland-Vertrieb um 500 Stellen zusammen. Betroffen seien die angestellten Bezirksleiter, die bisher die nebenberuflichen Allianz-Vertreter betreuen, sagte ein Sprecher. Die Arbeit dieser Bezirksleiter soll künftig statt von 1300 nur noch von 800 Mitarbeitern erledigt werden, nachdem die Zahl der Nebenberufs-Vertreter wie auch deren Kundenstamm in den vergangenen Jahren geschrumpft sei. Die Allianz verkauft ihre Versicherungen hierzulande vor allem über hauptberufliche Vertreter. *Dpa*

Aus der Berliner Tageszeitung DER TAGES-SPIEGEL vom 27. Oktober 2010

Ein Geschädigter hat vor dem Landgericht Baden-Baden gegen die Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG. geklagt und den Prozeß verloren. Das Gericht ist in einem Ruckzuck-Verfahren der Auffassung der Allianz gefolgt, daß sie nicht der Vertragspartner war. Der Prozeß ist so abgelaufen, daß der Geschädigte den Eindruck hatte, daß der Richter absolut nicht gewillt war, die Argumente des Geschädigten zur Kenntnis zu nehmen, weil er auch nicht gewillt war, der Allianz an den Kragen zu gehen.

Das Büro bzw. die Agentur des Herrn Müll-Braun ist dem Vernehmen nach von der Allianz aufgelöst worden, bevor die Staatsanwaltschaft für den Strafprozeß die Unterlagen „gesichtet“ hatte. Schriftstücke, die die Allianz unter Umständen in dem noch laufenden Schadenersatzprozeß belasten könnten, befinden sich also in den Händen der Allianz. Herr Müll-Braun hat übrigens seine Berufsausbildung bei der Allianz erhalten. Der Geschädigte hat beim Oberlandesgericht Karlsruhe Berufung gegen das Urteil des Landgerichtes Baden-Baden eingelegt. Die Berufungsverhandlung wird im Jahr 2011 stattfinden.

Die **Stiftung Warentest** hat in ihrer Zeitschrift **finanztest 04/2009** folgenden Bericht unter der Überschrift **Abgezockt vom Allianz-Vertreter** veröffentlicht:

Mehrere Geldanlagen und Versicherungen hatte ihm der Allianz-Vertreter bereits vermittelt. So schöpfte der Berliner Frank Heinze keinen Verdacht, als der Mann 40 000 Euro für ihn anlegen wollte, als „Agenturdarlehen“ zu 6 Prozent Zinsen im Jahr.

Der selbstständige Handelsvertreter gehörte zur „Allianz-Spezialorganisation“, einer Eliteeinheit des Personenversicherungsgeschäfts. Die Korrespondenz trug den Briefkopf der Allianz. Im Vertrag hieß es, das Geld werde „über meine Agentur“ angelegt, und der Vertreter verpfändete seine Lebensversicherung an Heinze. Das wirkte allianzmäßig solide.

Doch der Vertreter legte das Geld nicht an, sondern trug es in die Spielbank. Er brachte 29 Menschen um mehr als 1 Million Euro, indem er das Vertrauen ausnutzte, das sie zu ihm als Allianz-Vertreter gefaßt hatten.

Den Konzern ficht das nicht an. Schadenersatz? Fehlanzeige. Für die Privatgeschäfte ihrer Vertreter sei die Allianz nicht verantwortlich, heißt es aus der Zentrale in München.

Das sieht Heazines Anwalt anders. Die Allianz habe aus früheren Vorkommnissen von der Spielsucht des Vertreters wissen können, sagt Andreas Mayer von der Kanzlei Mayer & Mayer in Freiburg. Die Abtretung der Versicherung „zur Sicherung einer Anlage“ hätte bei der Allianz alle Alarmglocken schrillen lassen müssen.

Das Landgericht Baden-Baden verurteilte den Vertreter zu einer Haftstrafe und sprach der Allianz eine Mitverantwortung zu. Damit steigen Heazines Chancen, sein Geld wiederzusehen. <http://www.test.de/themen/geldanlage-banken/meldung/der-fall-abgezockt-vom-allianz-vertreter-1762349-2762349>

Noch eine Anmerkung zu diesem Bericht in der Zeitschrift finanztest: Müll-Braun hat in den Verhandlungen ein Paket aus drei Geldanlagen angeboten: Eine Allianz-Erbschaftspolice, ein Allianz-Rentenfonds und das besagte Allianz-Agenturdarlehen. Die Lebensversicherung von Müll-Braun war ein Schuß in den Ofen, er hat irgendwann die Prämie nicht mehr gezahlt.

Ist das nicht alles Beweis genug, daß die Allianz zumindestens den Betrug mit zu verantworten hat? □

Einkommensteuer

(D.K.) Seit fast Jahrzehnten haben mein Vater und nach seinem Tod ich ein Abonnement auf eine Schriftenreihe „Das Recht der Wirtschaft“. In der Gruppe Steuerrecht gibt es ein inzwischen voluminöses Buch „Die Einkommensteuer-Erklärung“. Die „13. vollständig überarbeitete Auflage 2009“ umfaßt 408 Seiten, die „14. vollständig überarbeitete

te Auflage 2010“ 431 Seiten, das sind innerhalb eines Jahres „ein Plus“ von 23 Seiten. Wenn ich 14 Auflagen x 23 Seiten = insgesamt 322 Seiten Zunahme annehme, dann wird die 1. Auflage möglicherweise 109 Seiten gehabt haben. Das scheint mir eine durchaus realistische Annahme zu sein, obwohl ich nicht weiß, wann die 1. Auflage erschienen ist. Welch eine selige Einkommen-Steuer-Vergangenheit!!! Und was für einen Widerspruch zu den veröffentlichten Äußerungen der Abgeordneten und der Minister in Land und Bund über Steuervereinfachungen!

Um den Steuerzahler besser betrügen zu können, werden Steuerberatungskosten für Privatleute bei den Berechnungen für die Einkommensteuer nicht berücksichtigt. Aus Kostengründen werden Steuerberater nicht immer konsultiert. Vor Jahren, als ich meine Einkommensteuer-Erklärung noch selber machte, ist die Bearbeitung meines Einspruches ge-

gen einen Einkommensteuerbescheid vom Finanzamt abgelehnt worden. Als ich dann einen Steuerberater bemühte, ist in der gleichen Sache dem Einspruch sofort stattgegeben worden. Der Finanzamts-Betrug war zu offensichtlich. Jeder Prozeß wäre vom Finanzamt verloren worden.

In diesem Jahr (2010) hat mir das Finanzamt einen bewußt falschen Steuerbescheid für 2009 zugeschickt. Als mein Steuerberater den Sachbearbeiter nach dem „wieso“ fragte, bekam er die Antwort, daß das entsprechende Computerprogramm nicht funktioniert. „Das ist doch kein Grund, einen offensichtlich fehlerhaften Steuerbescheid zu erteilen?“, war die nächste Frage. „Der Steuerpflichtige kann ja Widerspruch einlegen“, war die Antwort. Wer also den ohnehin komplizierten Steuerbescheid nicht versteht, zahlt mehr Steuern. Es ist eine durch und durch, in „Haupt und Gliedern“, kriminelle Steuerverwaltung, mit dem der normale, arbeitende Bürger ständig zu tun hat.

Zwischenbemerkung: In der Redaktionssitzung ist dieses Urteil als zu krass und einseitig bezeichnet worden. Es sind nun mal meine Erfahrungen, die sich durch weitere Bei-

spiele bekräftigen lassen. Ich würde es mir bei einer solchen Sprache bei den Lesern nur verderben heißen es. Den ehrlichen Menschen in der Finanzverwaltung kann ich nur empfeh-

len, Kontakt mit dem Whistleblower Netzwerk e.V. aufzunehmen. Die Internetadresse lautet: www.whistleblower-net.de/.

Die Klagen, auch die juristischen Klagen, gegenüber dem Finanzamt nehmen zu. Ich habe leider keine aktuelle Statistik, wie viel Prozesse das Finanzamt verliert. Fanden früher Prozesse vor dem Bundesfinanzgericht statt, so waren deren Urteile in den meisten Fällen Grundsatzurteile und galten, in gleicher Sache, für alle Steuerpflichtigen. Diese sinnvolle Praxis ist durch eine Anweisung des Bundesfinanzministers aufgehoben worden. Jeder Steuerpflichtige, der meint, ihm wäre Unrecht geschehen, muß selber klagen. Der Bundesfinanzminister hofft, daß möglichst wenig Steuerbürger klagen, damit der

Diebstahl, den er begeht, besonders groß ausfällt. Gewinnt übrigens der Staat, dann gilt das natürlich gegenüber allen Bürgern. Eine gute Einnahmequelle für den Mafia-Staat.

Schlußbemerkung: Ein Bekannter, der in der Verwaltung von Berlin, höherer Dienst, arbeitet (nicht Finanzamt), ist glücklich, wenn Gesetze, oft durch Lobbyisten gemacht, nicht so eindeutig, in sich schlüssig, formuliert sind. Dann hat er die Möglichkeit, alles viel besser, zu seinem und seiner Dienststelle Gunsten auszulegen. Der Bürger kann ja klagen, wenn er sich ungerecht behandelt fühlt. Wir sind einer Denkweise ausgesetzt, die mit Selbstbestimmung der Bürger nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. □

Die Polizei, Dein Freund und Helfer??

(01.09.10 Spectator) Ich lebe auf einem Grundstück, welches im Gewerbemischgebiet liegt, d.h. auf dem Grundstück befindet sich auch Gewerbe, welches auf Zulieferungen durch LKW's angewiesen ist. Diese Einfahrt ist ständig durch nicht ord-

nungsgemäß parkende PKW's versperrt. Die PKW's parken, manchmal beidseitig in die durch Pflasterung markierte Auffahrt hinein. Die Polizei weigert sich, diese PKW's abschleppen zu lassen, weil sie „nur“ 50 cm ordnungswidrig in die Einfahrt hinein parken. Diese 50 cm sind aber erwiesenermaßen der Grund, weshalb der LKW nicht auf das Grundstück fahren kann. Das sind eindeutige Verstöße der PKW-Halter gegen die Straßenverkehrsordnung, die von den Polizeiuniformträgern gedeckt werden, zuungunsten von mittelständischen Gewerbetreibenden, die einen großen Teil des Steueraufkommens erwirtschaften.

Mir wird gesagt, da gäbe es ja noch das Institut der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Polizeibeamten. Haha, ein überaus schlauer Rat. Dazu sind die Dienstnummern bzw. die Namen der Beamten notwendig, die natürlich nicht herausgerückt werden. Es muß viel wertvolle Zeit in einen Vorgang gesteckt werden, der, wären wir ein Rechtsstaat, ruckizucki erledigt wäre, nämlich durch das Abschleppen der verkehrswidrig parkenden PKW's auf Kosten des Halters. □

Juristen

(D.K.) Ein Leser der NEUEN POLITIK, ein alter, erfahrener Unternehmer, bezeichnet Juristen als „kreative Wahrheitsgestalter“, die für den „rasenden Stillstand“ unserer Gesellschaft mitverantwortlich sind. Im Zivil- und Strafrecht kommen laut der **Main-Post** vom 21. Oktober im Bundesdurchschnitt auf einen selbstständigen Anwalt 533 Einwohner, in Würzburg gar auf einen Anwalt 236 Einwohner. Da muß ein Anwalt einem (potentiellen) Kunden die Konflikte schmackhaft machen oder sogar Konflikte säen, um auf seine Kosten zu kommen. Die **MAIN-POST** schildert auch, wie vorbestrafte, einsitzende Anwälte innerhalb der Justizvollzugsanstalt Würzburg für sich werben, d.h. Mandanten bei Kollegen abwerben. Es sollen sogar Provisionen gezahlt worden sein. Wenn Sie einen Anwalt brauchen, sollten Sie sich von dem ausgewählten ein polizeiliches Führungszeugnis geben lassen.

Angesichts der Juristenschwemme ist es unverständlich, daß es, z.B. in Berlin zu wenig Richter und Staatsanwälte gibt. Es dauert lange, bis Sie bei Gericht einen Termin bekommen. Dem Rechtsstaat und dem Rechtsfrieden wird damit nicht gedient.

Ich habe bei meinen Recherchen nicht festgestellt, daß es in der Juristerei an den Universitäten einen numerus clausus gibt. Die deutschen Parlamente und Regierungen halten eine schützende Hand über die Juristen, weil sie, die Parlamente und schließlich auch die Kabinette, aus sehr vielen Juristen bestehen. Qualitätsvergleiche sind unzulässig, weil der Stand der Juristen eine geschlossene Gesellschaft ist. □

Das globalisierte Verbrechen

(D.K.) Seit geraumer Zeit bekomme ich die Zeitschrift des bundeswehr-deutschen *Reservistenverbandes* = *loyal - Magazin für Sicherheitspolitik* unaufgefordert und kostenlos zugeschickt.

Das Deckblatt der Ausgabe 9/2010 ist interessant: *Das globalisierte Verbrechen* steht da, und als Untertitel *Organisierte Kriminalität - grenzenlos und immer mächtiger*. Gehen dem Militär die Themen aus oder will es „polizeiliche Aufgaben“ übernehmen? Ganz so abwegig scheint mir eine solche Frage nicht zu sein! Die Polizei übernimmt die lückenlose Überwachung der Bürger nach innen und zwar so lückenlos und professionell wie möglich (nicht wie notwendig), daß sich die Alt-Stasi-Leute der vergangenen DDR nur die Augen vor Verwunderung reiben können. Das Militär übernimmt sozusagen den Außendienst und das, was sie am besten können: Menschen töten.

Auf dem gleichen Deckblatt steht: „*Zwei Schützen bekämpft!*“ und als Untertitel *Ein Soldat hat seinen Job gemacht: Er hat zwei Taliban erschossen*.

Der da, der „seinen Job gemacht“ hat, ist ein Deutscher aus dem fernen Europa, ein Freiwilliger, der sich anmaßt (in seiner ganzen Arroganz), in einem fremden Land (Afghanistan) Krieg führen zu müssen, für vermeintliche Wohlstandsinteressen. (*Ausgabe NP Mai/Juni 2010: In Afghanistan tätige [„deutsche“] Soldaten erhalten zu ihren regulären Bezügen täglich 92,00 Euro netto, also 2760 Euro netto im Monat, unabhängig vom Dienstgrad.*)

Die beiden Taliban sind Menschen, von denen möglicherweise erwartet wird, daß sie Ehre (was auch immer das ist), Familie und Glauben verteidigen, ohne Gehalt, Kranken- und Rentenversicherung. Ein ungleicher Kampf, im alten Sinn ein für einen Deutschen ehrloser Kampf. In der Tat ein globalisiertes Verbrechen. □

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) **Idomeneus**, König von Kreta, Enkel des Minos, siegreicher Kriegsteilnehmer und Held des homerischen Krieges um Troja, segelte mit seinen 80 Schiffen heim. Er gerät in einen Sturm, der 79 der 80 Schiffe mit „Mann und Maus“ vor der Küste Kretas kentern läßt. In seiner Angst, ebenfalls sein Leben zu verlieren, verspricht **Idomeneus** dem Gott Poseidon das Leben des ersten Menschen, dem er bei der Landung auf Kreta begegnet. Es ist sein eigener Sohn Idamantes, der zehn Jahre auf ihn gewartet hat.

Diese sagenhafte Geschichte verarbeitet **Roland Schimmelpfennig** in seinem Theaterstück **Idomeneus**. Elf Schauspieler in normaler Straßenkleidung agieren vor einem weißen Vorhang (oder Sperrholz?) mit bemerkens-

werten Disziplin und Enthusiasmus. Sie spielen den Sturm und die Angst der Menschen, sie spielen die Ankunft des übrig gebliebenen, beschädigten Schiffes, die Begegnung mit Idamantes, seine Begnadigung durch Poseidon. Sein Vater **Idomeneus** hatte dem bei seiner Abfahrt trauenden zehnjährigen (?) Knaben versprochen, wieder heim zu kehren. Er konnte ihn nicht töten. Alles geschieht ohne Kulissen, nur durch Worte und körperliche Bewegung, mit einem Akkordeon und einer Mundharmonika als Requisiten.

Ich sah das Theaterstück am Sonnabend, den 19. Juni im DEUTSCHEN THEATER zu Berlin. Die Aufführung dauerte eine gute Stunde. Sie war gut besucht. Die Premiere des Stückes am DEUTSCHEN THEATER fand am 28. April 2009 statt.



(D.K.) Das KLEINE THEATER am Südwestkorso in Berlin-Friedenau hat einen Thriller im Programm. Das Theaterstück heißt **Misery**, nach dem gleichnamigen Titel der Verfilmung des Romans **Sie** von Stephen King. Die Theaterfassung stammt von Simon Moore.

Das KLEINE THEATER hat 99 Plätze, eine Bar und eine kleine Bühne. **Misery** ist ein Zweipersonen-Stück. Das macht es möglich, mit Requisiten etwas großzügiger zu sein: ein Krankenbett, später noch ein Rollstuhl, einen Ausblick auf ein Bad wie auch auf einen kleinen Sekretär mit nicht funktionierendem Telefon und die Andeutung einer Treppe nach oben.

Das Stück beginnt mit der Preisverleihung an den bekannten Schriftsteller Pal Shaldon, der mit seinen Büchern, in denen eine Frau namens **Misery** die Hauptrolle spielt, bei seinen Leserinnen besonders beliebt ist. Pal Shaldon erleidet auf der Rückreise nach Hause von dieser Preisverleihung im tiefen Winter einen Verkehrsunfall in einsamer Gegend irgendwo in den USA und wird von Annie Wilkes, einer Krankenschwester, aufgefunden und „gerettet“. Diese Krankenschwester, eine Psychopatin, ist eine begeisterte Leserin der Bücher von Shaldon. Sie zwingt den Autor weiter zu schreiben bis zum bitteren Ende ein spannendes Stück, welches Sie sich, liebe Leserin, lieber Leser, selber ansehen sollten.

Ich sah das fast zweistündige Theaterstück am Sonnabend, den 22. Mai, einen Tag nach der Premiere.

Den beiden Schauspielern Agnes Hilpert und Eckhard Müller gelingt es, den Spannungsbogen bis zur letzten Sekunde aufrecht zu erhalten. Ich hatte nicht das Gefühl, zu lange im Theater zu sitzen.

Über den fiktiven und „bekannten Schriftsteller Pal Shaldon“ finden Sie übrigens Einiges im Internet.

Wenn ich mich nicht irre, waren 97 der 99 Plätze besetzt. Bravo für das KLEINE THEATER am Südwestkorso - und weiter so! Es gibt selten ein Theaterstück, welches einen so zustimmenden Beifall hat, wie **Misery**. □

Buchvorstellungen

(D.K.) Im RRB Inforadio hörte ich ein eindrucksvolles Interview, welches der Rundfunkjournalist Ingo Kahle mit Thilo Bode, dem Verfasser des Buches *Die Essensfälscher - Was uns die Lebensmittelkonzerne auf die Teller lügen führte*. Eine Anmerkung kann ich mir nicht ersparen: **Ich würde empfehlen, nicht von Lebensmitteln sondern nur von Nahrungsmitteln zu sprechen. Leben ist was anderes als sich mit Hilfe der Chemie mit Kalorien voll zu ballern. Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestellliste an.**

»Bio«, »Wellness«, »Tradition«: Wie uns die Lebensmittelindustrie nach Strich und Faden belügt und was wir dagegen tun können

Noch nie waren Lebensmittel so gut wie heute? Von wegen! Thilo Bode, Gründer der Verbraucherorganisation foodwatch, seziiert die ausgebufften Strategien der Lebensmittelkonzerne. „Fitness“-Produkte? Machen nicht fit, sondern fett. - Der traditionell und regional hergestellte Schwarzwälder Schinken? Stammt tatsächlich aus Massentierhaltung und kommt aus ganz Europa. - „Gesunde“ Kinderprodukte? Versteckte Zuckerbomben. - Bio-Apfelgetränke? Haben noch nie einen Apfel gesehen...

Diese haarsträubenden Täuschungsmanöver haben System. Die Nahrungsmittelkonzerne sind an die Grenzen ihrer Wachstumsmöglichkeiten gestoßen. Also drehen sie uns mit milliardenschweren Werbe-Etats nur vermeintlich neue und bessere Produkte an. Diese gaukeln jedoch Qualität lediglich vor und gefährden zudem oft genug unsere Gesundheit. Bode nimmt Artikel ins Visier, die wir alle kennen - und er nennt Ross und Reiter. Somit dient dieses Buch auch als Anleitung, die unlauteren Praktiken der Nahrungsmittelkonzerne zu boykottieren.



(D.K.) Das Taschenbuch *Die Holocaust-Industrie; Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird* von Norman G. Finkelstein, 1. Auflage 2002, 8. Auflage 2009, scheint ein bibliophiler Renner zu sein. **Nachstehend lesen Sie den Text der Einleitung. Ich biete das Taschenbuch in der beiliegenden Bestellliste an.**

»There's no business like Shoah-Business«, sagte einmal der langjährige israelische Außenminister Abba Eban. Norman Finkelstein zieht diese Linie radikal weiter und nennt die moralische und finanzielle Ausbeutung jüdischer Leiden die »Holocaust-Industrie«. Seine Analyse ist zugleich eine leidenschaftliche Anklage: Die Holocaust-Industrie instrumentalisiert den Völkermord an den Juden und beutet das Leid der Op-

fer aus. Das Gedenken an den Holocaust hat sich losgelöst von dem tatsächlichen Verbrechen und dient als Druckmittel - um Israels Politik gegen jede Kritik zu immunisieren und die Defizite der USA in der eigenen Menschenrechtspolitik zu verschleiern. Finkelsteins Thesen haben provoziert und nicht immer Zustimmung gefunden. »Sein Buch spricht eine klare Sprache, nennt Namen und hat die Wirkung der großen Polemik.« (Lorenz Jäger in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung)

Norman Finkelstein, geboren 1953, studierte an der Princeton University und in Paris. Er lehrte Politikwissenschaft an der City University in New York. Heute lebt er in Chicago, wo er an der DePaul University lehrt. Zusammen mit Ruth Bettina Birn veröffentlichte er »Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit«, 2001 folgte das aufsehenerregende Buch »Die Holocaust-Industrie«. Zuletzt erschien von ihm auf deutsch »Antisemitismus als politische Waffe«. Weiteres zum Autor: www.normanfinkelstein.com



(D.K.) Die nachstehende Buchbesprechung von Dr. Werner Neumann, Altenstadt, zu dem Buch von *Stephanie Cooke: Atom - Die Geschichte des nuklearen Zeitalters* entnehme ich dem Informationsdienst STRAHLENTELEX vom 5. August 2010. Sie finden das Buch in der beiliegenden Bestelliste.

Atom - Die Geschichte des nuklearen Zeitalters

von Dr. Werner Neumann

Eigentlich trifft der Titel der englischsprachigen Originalausgabe aus dem Jahr 2009 die Sache genauer: „In Mortal Hands“. Die Geschichte der Atomenergie, ob nun zu kriegerischen, aber gerade auch zu „friedlichen“ Zwecken, ist eine Geschichte nicht nur von Lug und Trug, sondern vor allem von unzähligen Leiden, Opfern, Toten, Verletzten, ob Mensch oder Tier. Wer also immer noch an die Segnungen der Atomenergie glaubt, Risiken geringgeschätzt oder hinwegredet, dem sei das Buch der englisch-amerikanischen Energie- und Nuklearjournalistin Stephanie Cooke dringend empfohlen. Man sollte es aber nicht unbedingt im Bett vor dem Einschlafen lesen.

Cooke zeichnet akribisch, detailliert und sachgenau die tödliche Spur der Atomwirtschaft nach. Von der ersten Atombombe über den kalten Krieg, über unterirdische Atomwaffenlager, Atomwaffentests, Atomunfälle und -katastrophen von Windscale/Sellafield, Browns Ferry, Three Mile Island, Hanford, Oak Ridge, Los Alamos, Kyshtym, Semipalatinsk, Tschernobyl.

Stephanie Cooke berichtet direkt und hautnah. Sie nennt die Namen, wer wann mit wem was vereinbart hatte, wer für welche Entscheidung verantwortlich war. Da finden sich auch seltsam skurrile Geschichten, wie die der Mary Buneman, die mit einem Atombombenkonstrukteur verheiratet war, just am Tag des Abwurfs der Hiroshimabombe im Berkeley Hospital ihr zweites Kind gebär und Jahre später in der englischen Atom"society" vom Atomspion Klaus Fuchs umworben wurde. Dies ist auch Teil der Geschichte des nuklearen Zeitalters, die zusammen mit den gefährlichen und tödlichen Folgen der Atomwirtschaft, das Buch auch zu einem gut lesbaren Krimi macht, bei dem alle Fakten sorgfältig, mit guten Einblicken und durch viele Interviews mit den Atommachern belegt sind.

Kernpunkt des Buches, das anlässlich der neuen Vereinbarungen zur Reduzierung der Atomwaffenarsenale und der verkündeten Atomwaffenkontrolle, höchst aktuell ist, ist Cookes gut belegte These: Die angebliche Begrenzung der Proliferation hat die Verbreitung der Atomtechnik und -bomben mit Hilfe der IAEA erst recht möglich gemacht. Die Kontrolleure haben oft genug gezielt nicht hingeschaut, wo es eigentlich notwendig war. Und die Verbreitung der „friedlichen“ Atomtechnik hat gerade mit Hilfe der USA den Ländern Indien und Pakistan erst recht den Aufbau ihrer Bombenarsenale ermöglicht. Und wenn nicht sowieso Uran und Plutonium „legal“ durch die Welt verfrachtet wurden, halfen weitere berühmte und ehrenwerte Atomspione zur Verbreitung der benötigten Techniken. So wurde der 1958, bei der IAEA für Kernkraft und Wiederaufbereitung zuständige Munir Ahmad Khan, zehn Jahre später der gefeierte Atomwaffenkonstrukteur in Pakistan. Namensvetter Abdul Qadeer Khan wiederum arbeitete in den 1970er Jahren bei der URENCO in der Urananreicherung und ging danach samt der gewonnenen Kenntnisse nach Pakistan. Doch auch die friedliche Atomnutzung konnte ihre Versprechungen des billigen Atomstroms nicht einlösen. Zudem mußten, wo auch immer, die Folgen der „tödlichen Hände“ verschwiegen und vertuscht werden. Die Geschichten von dem abgebrannten Reaktor von Browns Ferry, bei dem man mit Kerzen nach Luftströmungen undichter Wände gesucht hatte, die Irrfahrten der Reaktorsteuermannschaften von Harrisburg und Tschernobyl verdichten sich zum Gruselkabinett der Atomwirtschaft.

Abschließend warnt Stephanie Cooke vor der Atomrenaissance, die auch wieder in den USA verkündet und beworben wird. Denn weder wird es hierdurch billigen Strom geben, noch wird ein sicheres Endlager für den Atommüll gefunden werden und wieder befürchtet Cooke berechtigt, daß entgegen aller politischen Vereinbarungen von

START II die Verbreitung der Atomwaffen weitergeht. Und umgekehrt. Als Obama und Medwedew im April 2010 in Prag die Vereinbarung zur Verringerung der Zahl der Sprengköpfe unterschrieben, folgte ein Treffen, bei dem Obama für die Firma Westinghouse Werbung für neue Reaktoren in Temelin, Bukovany und dem slowakischen Bohunice für 19 Milliarden US-Dollar machte (div. Pressemeldungen 9.4.2010). Sarkastisch könnte man sagen, daß sich der Kreislauf schließt, denn ein Teil des Abrüstungsinteresses ist sicherlich auch der Beschaffung günstigen Urans und Plutoniums geschuldet. Obama bietet den einen die Hoffnung, den anderen die Profite.

Stephanie Cookes Buch schließt mit dem klaren Hinweis, daß das Energieministerium der USA eine „im nuklearen Sumpf steckende bürokratische Altlast“ sei, das durch seine Bindung an die Atomwelt gehindert werde, wirklich sinnvolle und machbare Energiealternativen zu suchen. Am Ende bleibt ihr nur die Fürbitte, daß das nukleare Zeitalter ähnlich vorbeigehe wie das finstere Mittelalter.

Das Buch „Atom-Geschichte des nuklearen Zeitalters“ ist aufgrund seiner Faktendichte, seiner hervorragenden Schreibweise und Lesbarkeit (und der sehr guten Übersetzung durch H.G. Holl) auch denen empfohlen, die womöglich einen Großteil der beschriebenen Geschichten schon zu kennen meinen. Zudem entfallen fast 80 Seiten auf ein sehr gutes Register und eine umfangreiche Bibliografie.

Es gibt immer noch Dinge, die noch nicht veröffentlicht und aufgedeckt sind. Und es gibt viele Menschen, Freundinnen und Freunde, Neffen und Nichten und auch Schulbibliotheken, an die dieses Buch weitergereicht werden sollte. Nicht zuletzt lohnt es sich, Teile aus dem Buch den Protagonisten von Laufzeitverlängerungen und „sicheren“ Endlagern laut vorzulesen.

Was fehlt ist - notgedrungen durch die Konzentration auf die Atomgeschichte der USA - eine Beschreibung der Atomgeschichte in Europa, insbesondere in Frankreich, Großbritannien und eben auch in Deutschland. Es fehlt eine Geschichte der EURATOM, die sich gerade anschickt, einige Milliarden Euro Fördergelder in die Entwicklung von AKWs der „4. Generation“ zu stecken. Es bleibt daher zu hoffen, daß entweder Stephanie Cooke sich auch den „tödlichen Händen“ in Europa für ein Folgeband zuwendet oder eine gleichwertig schriftstellerisch und fachlich kompetente Person sich dieser Aufgabe annimmt.

Sie wollen es, wir haben es!

Inspirierende Lektüre

... zu bestellen unter: 030-822 52 11